

# **Bekanntmachung der Stadt Nürnberg über die Festlegung des Soziale-Stadt-Gebiets „Nürnberg Langwasser“**

Entsprechend dem Gutachten des Stadtplanungsausschusses vom 22.09.2016 hat der Stadtrat am 28.09.2016 die Festlegung des Soziale-Stadt-Gebiets "Nürnberg Langwasser" gemäß § 171e BauGB beschlossen. Die Abgrenzung des Gebietes ergibt sich aus dem dieser Bekanntmachung beigefügten Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 23. August 2016.

In diesem Gebiet sollen städtebauliche Maßnahmen in folgenden Handlungsschwerpunkten durchgeführt werden:

## **Freiräume und Grünzüge qualifizieren und neu denken**

- Anpassung des öffentlichen Raumes an aktuelle Erfordernisse
- Stärkung der Grünverbindungen
- Aufwertung der Freiflächen und Grünanlagen

## **Kultur-und Bildungslandschaften weiterentwickeln**

- Entwicklung einer vernetzten und quartiersbezogenen Lern-und Bildungslandschaft
- Lebenslanges Lernen ermöglichen
- Ehemaligen Bahnhof Märzfeld in die Erinnerungslandschaft einbetten
- Kooperationsverbünde von Schulen mit sozialen, wissens- und kulturbezogenen Einrichtungen fördern
- Außerschulische Lernorte schaffen

## **Quartiersentwicklung und Wohnen zukunftsfähig gestalten**

- Dezentrale Quartierszentren stärken
- Quartiere zukunftsfähig machen
- Quantitative und qualitative Steigerung des Wohnraumangebots
- Neue Wohnformen integrieren
- Anpassung der Wohnungsgrößen und des Wohnumfelds an heutige und zukünftige Bedarfe

## **Gewerbeband neu denken: „Vernetzte Mitte Langwasser“**

- Städtebauliche und freiräumliche Aufwertung der Durchgangsräume
- Aufwertung von Zuwegungen und Eingängen
- Flächenmanagement und -mobilisierung

## **Mobilität: Verbindungen im Stadtteil und ins Zentrum verbessern**

- Stärkung des Radverkehrs
- Verknüpfung der Verkehrsmittel optimieren
- Entschärfung von Gefahrensituationen
- Straßenräume in den Wohnquartieren anpassen
- Zeitgemäßes Leit- und Orientierungssystem

Im Rahmen der Umsetzung des Soziale-Stadt-Gebiets "Nürnberg Langwasser" soll für die Arbeit vor Ort ein Quartiermanagement eingerichtet werden. Hierzu soll 2017 eine europaweite Ausschreibung erfolgen.